Der Vorsitzende des
Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises

Rheingau-Taunus-Kreis

Bad Schwalbach, den 27.09.2021

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	3/XI. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 21. September 2021
Sitzungsbeginn	15:10 Uhr
Sitzungsende	20:17 Uhr
Ort	Autalhalle Niedernhausen, Idsteiner Str. 59, 65527 Niedernhausen

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr André Stolz	

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth MdL	
Herr Lukas Brandscheid	
Herr Marsilius Graf von Ingelheim	
Frau Mareike Heckel	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Christian Herfurth	
Herr Jan Kraus	
Herr René-Alexander Leichtfuß	
Herr Volker Mosler	
Frau Petra Müller-Klepper MdL	
Frau Ulrike Neradt	
Herr Olaf Pulch	
Herr Joachim Reimann	
Frau Dr. Alexia Schadow	

Frau Alexandra Unger	
Herr Paul Weimann	
Herr Sebastian Willsch	
Herr Sandro Zehner	

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer	
Frau Helga Becker	
Herr Volker Diefenbach	
Herr Maximilian Faust	
Frau Senia Gomez Garces	
Frau Ann-Kathrin Koch	
Herr Georg A. Mahr	
Frau Wendy Penk	
Frau Tanja Pfenning	
Herr Martin Rabanus MdB	
Herr Carsten Sinß	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Marius Weiß MdL	

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Herr Felix Bleuel	
Frau Miriam Deppe	
Frau Sigrid Hansen	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Herr Dominik Lawetzky	
Herr Günter Linke	
Frau Dr. Jeanette Meixensperger	
Herr Timo Müller	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Frau Miriam Schwarz	
Herr Martin Stappel	

Herr Klaus Stolpp	

FWG Fraktion

Herr Michael Barth	
Herr Matthias Bremser	

AfD-Fraktion

Herr Ulrich Fachinger	
Herr Klaus Gagel MdL	
Herr Dr. Frank Grobe MdL	
Herr Karl Mayer	
Herr Marcus Resch	

FDP Fraktion

Herr Stefan Müller MdL	
Herr Alexander Müller MdB	
Herr Marius Schäfer	
Herr Björn Sommer	

Fraktionslose Abgeordnete der Partei DIE LINKE

Herr Jasper Klos	
Herr Benno Pörtner	

Landrat

Herr Frank Kilian	

Kreisausschuss

Herr Hansjörg Bathke	
Herr Alexander Cornelius	
Herr Günter F. Döring	
Frau Nicole Eggers	
Herr Jan Feser	
Herr Matthias Hannes	
Frau Sabine Muth	

Frau Dorothee Nabrotzky	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Herr Hans Rodius	
Herr Rainer Scholl	
Herr Thomas Wieczorek	
Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
Herr Thomas Zarda	

entschuldigt

Herr Michael Baureis	
Herr Johann-Josef Becker	
Herr Alfred Hollinger	
Frau Andrea Kremer	
Herr Walter Lieber	

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Frau Astrid Deicke-Schäfer	
Herr Lars Irrgang	
Herr Franco Matera	
Herr Dr. Christoph Zehler	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Stolz eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Kilian an der Spitze.

KTV Stolz bittet alle Anwesenden sich zu erheben. KTV Stolz gedenkt dem verstorbenen ehemaligen Mitglied des Kreistages, Herrn Günter Fuchs aus Geisenheim.

KTV Stolz gedenkt anschließend ausführlich den Opfern der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und dankt ausdrücklich allen zivilen Helfern, aber insbesondere den Rettungsorganisationen aus dem Kreisgebiet, die bei der Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe unterstützend vor Ort gewesen sind.

Zur Niederschrift der Kreistagssitzung am 29.6.2021 bittet KTV Stolz auf der Seite 17 bei TOP III. 41 um die Ergänzung, dass der Antrag der CDU, Pilotprojekt „Mehr Feuerwehr an Schulen“, seitens der FWG-Fraktion übernommen worden sei. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Mit dieser Änderung wird die Niederschrift einstimmig beschlossen.

KTV Stolz stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Gemäß den Empfehlungen der Fachausschüsse und des Ältestenrates werden folgende Änderung vorgenommen:

1. In der Tagesordnung II wird TOP II. 6 in die TO III überstellt und mit TOP III. 6 gemeinsam beraten. TOP II. 33 soll in Einzelabstimmung beschlossen werden.

2. Weiterhin sollen in die Tagesordnung II verschoben und in getrennter Abstimmung beschlossen werden: Die TOP III. 8, III. 11, III. 16 und III. 23. In die Tagesordnung II werden die TOP III. 12, III. 14, III. 24, III. 25, III. 27 und III. 28 verschoben.

3. Zurückgestellt bzw. vertagt werden im Laufe der Sitzung die TOP III. 19, III. 20, III. 21, III. 26 mit Änderungsantrag der AFD-Fraktion (**Anlage 1 der Niederschrift**), III. 29 und III. 30.

KTV Stolz ruft sodann zunächst die Dringlichkeitsanträge der Fraktionen (**Anlagen 2 bis 5 der Niederschrift**) auf und lässt über deren Dringlichkeit abstimmen.

Für den Antrag der GRÜNEN-Fraktion zur Einführung des Softwaresystems IRIS connect (Anlage 2) spricht der Abg. Lawetzky (GRÜNE) für die Dringlichkeit. Aus dem Haus wird formal gegen die Dringlichkeit gesprochen. Die Dringlichkeit wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN und 2 Linken und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses

abgelehnt.

Für den Antrag der AFD-Fraktion zur Verkehrssituation an den Einfallstraßen Wiesbadens (Anlage 3) spricht der Abg. Gagel (AFD) für die Dringlichkeit. Aus dem Haus wird formal gegen die Dringlichkeit gesprochen. Die Dringlichkeit wird bei

JA-Stimmen aus der AFD Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses

abgelehnt.

Für den Antrag der AFD-Fraktion zur Wahlpanne bei den Briefwahlunterlagen (Anlage 4)

spricht der Abg. Gagel (AFD) für die Dringlichkeit. Aus dem Haus wird formal gegen die Dringlichkeit gesprochen. Die Dringlichkeit wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, GRÜNEN, FWG, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen von SPD und LINKEN

beschlossen. Der Punkt wird nach den KA-Vorlagen aufgerufen.

Für den Antrag der CDU-Fraktion zur Schülerbeförderung (Anlage 5) spricht der Abg. Zehner (CDU) für die Dringlichkeit. KB Döring gibt hierzu einen Sachstandsbericht. Die Dringlichkeit wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, GRÜNEN, FWG, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen von SPD und LINKEN

beschlossen. Der Punkt wird über die TO II beschlossen.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung bestehen nicht. KTV Stolz lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen, die sodann einstimmig beschlossen wird.

KTV Stolz informiert weiterhin über:

4. Das Nachrücken des Abg. Jasper Klos für die Abg. Higgins bei der Partei Die LINKEN.

5. Die Beratungen des Ältestenrates über die Verabschiedung der ausgeschiedenen Mitglieder, die geplante Überarbeitung der Geschäftsordnung, das weitere Verfahren zum Thema „Live-Streaming“, zum Terminplan für das Jahr 2022 (**Anlage 6 der Niederschrift**) und das Hygienekonzept der heutigen Sitzung.

6. KTV Stolz weist auf die ausgelegten Materialien zu „75 Jahre Demokratie in Hessen“ und zur bundesweiten „Fairen Woche“ hin. Im späteren Verlauf der Sitzung gibt die zuständige Dezernentin KB Nabrotzky hierzu einige weitergehende Informationen.

KTV Stolz tritt sodann in die eigentliche Tagesordnung ein.

TOP I. DS Tagesordnung I

TOP I. 1. DS Fragestunde

Landrat Kilian beantwortet ausführlich die zur Kreistagssitzung eingereichten Kleinen Anfragen und stellt die Antwortvorschläge schriftlich der Niederschrift zur Verfügung (**Anlagen 7 bis 16**). Zur Kleinen Anfrage Nr. 27/21 sichert Landrat Kilian eine weitergehende schriftliche Beantwortung zu.

TOP I. 2. DS Bericht des Landrates

Landrat Kilian verweist auf seinen schriftlich vorliegenden Bericht (**Anlage 17 der Niederschrift**).

TOP II. DS Tagesordnung II

KTV Stolz ruft die Tagesordnung II zur Abstimmung auf und hier zunächst die TOP, die in Einzelabstimmung beschlossen werden sollen.

TOP II. 33 DS XI/181 Evakuierte und geflüchtete Personen aus Afghanistan; hier: Berichtsantrag Nr. 21/21 der AfD-Fraktion vom 25. August 2021

Bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN und
Enthaltungen der FWG-Fraktion
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Wieviele Personen aus Afghanistan sind zum Berichtsstichtag seit dem Zusammenbruch der Ghani-Regierung in Afghanistan im Rheingau-Taunus-Kreis angekommen? (Bitte aufschlüsseln, falls möglich: Evakuierung USA/Ramstein; Evakuierung Bundeswehr; Flucht)
2. Welche Zahl dieser Personen erwartet der RTK bis zum Jahresende 2021 und bis zum Jahresende 2022?

3. Auf welcher Rechtsgrundlage werden diese Personen im RTK untergebracht?

4. Geht der Kreis davon aus, dass diese Personen dauerhaft im RTK bzw. in Deutschland bleiben werden?
5. Welche Auswirkungen auf die Schülerzahlen des Kreises sind kurz-, mittel und langfristig zu erwarten?
6. Welche Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt sind kurz-, mittel und langfristig zu erwarten?
7. Welche Auswirkungen auf die Transferleistungen sind kurz,- mittel und langfristig zu erwarten?
8. Welche Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung, besonders in Hinblick auf Straftaten sind zu erwarten?
9. Welche Zweifel bestehen bzgl. der Identitätsprüfungen an der den Landes- und Bundesbehörden zur Verfügung stehenden Datenbasis?
10. Welche Identitätsprüfungen nimmt der Kreis vor, um zu verhindern, dass sich Straf- und Gewalttäter sowie Terroristen unter den ankommenden Personen befinden?
11. Gibt es eine Obergrenze der Aufnahmefähigkeit des Kreises? Ist die theoretische Anzahl der Aufnahmen nach oben unbeschränkt? Welche Rechtsmeinung pflegt der Landkreis über das Vorhandensein einer impliziten Obergrenze der Zumutbarkeit, die sich durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker ergibt?

KTV Stolz gibt die Präsenz im Haus bekannt. Es sind 57 von 61 Mitgliedern des Kreistages anwesend.

TOP III. 8 DS XI/133 Beteiligung der Kreisverwaltung am Programm ÖKOPROFIT der Landeshauptstadt Wiesbaden 2022/2023

Bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN, FWG und 2 LINKEN und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD und FDP
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Die Kreisverwaltung Rheingau-Taunus beteiligt sich als Betrieb an der nächsten Runde des Programms ÖKOPROFIT der Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2021/2022.

TOP III. 11 DS XI/150 Einführung eines kostenfreien Job-Tickets - Variante Premium - für alle Bediensteten des Rheingau-Taunus-Kreises und Beauftragung der Verwaltung mit dem Vertragsabschluss und der Vertragsumsetzung

Bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Das kostenfreie JobTicket – Variante Premium – wird für alle Mitarbeitenden des Rheingau-Taunus-Kreises eingeführt. Die Lohnsteuer wird mit einem Pauschsteuersatz von 25 % erhoben. Die Verwaltung wird hiermit zum Vertragsabschluss mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund und der Umsetzung des Vertrages möglichst zum 01.01.2022 ermächtigt.

TOP III. 16 DS X/1528 Mobilität mit der Ausschreibung lokaler Busverkehrsleistungen ab Dezember 2022 in den Bereichen Niedernhausen, Idstein, Aar/Hühnerkirche und Rheingau

Abg. Linke (GRÜNE) bittet um getrennte Abstimmung des letzten Absatzes der Beschlussempfehlung des HFWD vom 17.9.2021. Dieser wird bei

Ja-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FWG, FDP und 2 LINKEN
NEIN-Stimmen aus der GRÜNEN-Fraktion und
Enthaltungen der Fraktionen von SPD und AFD
mehrheitlich

beschlossen.

Der Beschlussvorschlag insgesamt wird sodann bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
Enthaltungen bei der FDP-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, die Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) zu beauftragen, bei der Ausschreibung lokaler Busverkehrsleistungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022 die Planvariante 3 mit 3.625.000 km pro Jahr anzuwenden.

Die entsprechend erforderlichen Haushaltsmittel zur Verlustabdeckung der RTV sind ab dem Haushaltsplan 2023 bereitzustellen.

Bei der Ausschreibung sind in den Vertragsbedingungen geeignete Vorkehrungen zur Einhaltung grundlegender Qualitätsstandards (u.a. Sprachkenntnisse, Ortskenntnisse des Personals, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit) durch die Verkehrsunternehmen aufzunehmen.

Es sind Losgrößen zu wählen, die mittelständischen Busunternehmen eine eigenständige Beteiligung an der Ausschreibung ermöglicht.

Nach der Vergabe ist ein Abgleich des in der Beschlussvorlage dargestellten Angebots und der erwarteten Preise mit den endgültigen Fahrplänen und dem Ausschreibungsergebnis zu erstellen. Dem Kreistag ist hierüber zu berichten.

Die Linie 265 (neue Kreisquerung, Variante 3) soll als Pilotprojekt angelegt werden und somit zunächst begrenzt auf vier Jahre versuchsweise zum Einsatz kommen. Dem Kreistag ist hierzu jährlich ein Bericht über die Entwicklung der Fahrgastzahlen der Linie 265 und der parallel verlaufenden Linienwege anderer Linien mit Vergleich zu den Fahrgastzahlen der bislang auf den Teilabschnitten dieser Linie verkehrenden Linien vorzulegen.

TOP III. 23 DS XI/160 Antrag zur Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen bei Beschlussvorlagen des Kreises; hier: Antrag Nr. 23/21 der SPD-Fraktion vom 19. August 2021

Die Beschlussempfehlung des HFWD am 17.9.2021 auf Ablehnung wird bei

JA-Stimmen der Fraktionen von CDU, FWG, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich abgelehnt**

KTV Stolz ruft die weitere Tagesordnung II zur Abstimmung auf. Die Vorlagen werden gemäß den Ausschussempfehlungen einstimmig beschlossen.

TOP II. 1 DS XI/95 Schülerzahlen im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichtsantrag Nr. 11/21 der CDU-Fraktion vom 10. Juni 2021, eingegangen am

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1) Wie ist die Entwicklung der absoluten Schülerzahlen im Rheingau-Taunus-Kreis in den vergangen zehn Jahren?
2) Wie ist die Entwicklung der absoluten Schülerzahlen im Rheingau-Taunus-Kreis mit Blick auf die Schulzweige der Haupt-, Real- und Förderschulen sowie der beruflichen Schulen und der Gymnasien?
3) Wie hoch ist die Geburtenrate im Kreis und wie hoch ist hierauf aufbauend die Zahl der Einschulungen der letzten zehn Jahre in die Grundschulen in Trägerschaft des Kreises? (Bitte aufgeschlüsselt nach Gemeinde bzw. Einzugsgebiet Grundschule)
4) Wie lauten in den vergangenen fünf Jahren die Zahlen der schulpflichtigen und schulbesuchsberechtigten Zuzüge (hier: Schülerinnen und Schüler) von außerhalb des Kreises in Schulen in Trägerschaft des Kreises? (Bitte nach Jahrgangsstufe und Schulform)
5) Wie ist zahlenmäßige Entwicklung von Haupt-, Realschul- und Gymnasialempfehlung vor dem Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5 im Vergleich der letzten zehn Jahre zu beschreiben?
6) Wie entwickeln sich in den letzten zehn Jahren die tatsächlichen Zahlen beim Übergang der Jahrgangsstufe 4 nach 5 bzw. der Jahrgangsstufe 10 in die Gymnasiale Oberstufe und in die Berufsschulen? (Bitte aufgeschlüsselt nach Grundschule bzw. Sekundarstufe I in Zielschule sowie nach besuchtem Schulzweig in der Sekundarstufe I)
7) Wie viele Schülerinnen und Schüler jeweils mit Gymnasial-, Realschul- und Hauptschulempfehlung besuchen aktuell die integrierten Systeme (IGS) im Rheingau-Taunus-Kreis? (Bitte nach Schule, Jahrgangsstufe und Empfehlung aufgeschlüsselt)
8) Wie viele Schülerinnen und Schüler mit Gymnasial-, Realschul- und Hauptschulempfehlung besuchen aktuell die kooperativen Systeme (KGS) im RTK? (Bitte nach Schule, Bildungsgang und Jahrgangsstufe aufgeschlüsselt)
9) Wie entwickeln sich die Gastschulbeiträge in den vergangenen 10 Jahren und an welche Schulträger bzw. für welche Schulform werden solche geleistet?
10) Welche Schulen und welche Schulformen werden außerhalb des Kreisgebietes aktuell von Schülerinnen und Schülern des Rheingau-Taunus-Kreises besucht?
11) Wie viele Schülerinnen und Schüler verließen/verlassen die Schulen ohne Abschluss? (bitte rückwirkend auf 10 Jahre)
12) Der Kreisausschuss wird gebeten eine Bewertung zwischen Geburtenraten und Grundschulzahlen, vor allem in die Zukunft gerichtet, vorzunehmen und Stellung zu beziehen, inwieweit in den einzelnen Grundschulbezirken Ausbauerfordernisse notwendig werden.

TOP II. 2 DS XI/144 Berichtsantrag Nr. 11/21 der CDU-Kreistagsfraktion - Schülerzahlen im Rheingau-Taunus-Kreis; Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 3 DS XI/102 Prioritätenliste für den vereinseigenen Sportstättenbau 2022 ff.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Prioritätenliste für den vereinseigenen Sportstättenbau 2022 und Folgejahre wird wie folgt beschlossen und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport vorgelegt:

Verein	Vorhaben	Baukosten-summe	Listenplatz gem. Prioritätenliste 2022 ff	Voraussichtliche Förderung im Jahr lt. Prioritätenliste 2022 ff
TSV Engenhahn 1977 e.V.	Sanierung des bestehenden Funktionsgebäudes	350.000,00 €	1	2022
TUS Huppert 1950 e. V.	Umbau des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz	450.000,00 €	2	2023
Spvgg 1922 Eltville e. V.	Erweiterungsbau an das bestehende Vereinsheim	120.000,00 €	3	2024
TC "Rot-Weiß" e.V. Bad Schwalbach	Sanierung der vorhandenen Tennisplätze	58.000,00 €	4	2025
TC "Blau-Weiß" 1976 Hattenheim	Sanierung der vorhandenen Tennisanlage	120.000,00 €	5	2026
TC Kiedrich 1977 e. V.	1. BA: Neubau von 4 Tennisplätzen (Sandplätze) und eines Vereinsheimes 2. BA: Neubau von 2 Tennisplätzen (Kunstrasen)	730.000,00 €	6	2027
FC Oestrich	Neubau eines Sportplatzes mit Kunstrasenbelag	k.A.	7	2028
SG Meilingen	Umbau des Rasenplatzes in einen Kunstrasenplatz	400.000,00 €	8	2029
Tennisclub Geisenheim-Marienthal e.V.	Generalsanierung von 8 Tennisplätzen, Dachsanierung des Vereinshauses und Sanierung der Zäune	240.000,00 €	9	2030
SSV Hattenheim	Bau der Funktionsräume	ca. 250.000,00 €	10	2031

TOP II. 4 DS XI/103 Vorschlagsliste für das Schwimmbad-, Investitions- und Modernisierungsprogramm 2022

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Vorschlagsliste für das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) wird wie folgt aufgestellt und dem Hessischen Ministerium des Innen und für Sport unter dem Namen „Vorschlagsliste für das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) RTK 2022“ vorgelegt:

Antragsteller	Vorhaben	Baukosten	bisheriger Listenplatz	Listenplatz gem. Vorschlagsliste 2022
Stadt Bad Schwalbach	Freibad Bad Schwalbach „Im Heimbachtal“	2.350.000 €	neu	1

TOP II. 5 DS XI/104 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 7 DS XI/114 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistags; Fortschreibung der Beschlusskontrolle vom 20.10.2020 bis 29.06.2021

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 8 DS XI/116 Ausarbeitung der Projektskizze Gründungsunterstützung und Gründervernetzung und Aufbau eines virtuellen Gründerhauses

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Projektskizze zur Gründungsunterstützung und Gründervernetzung im Rheingau-Taunus-Kreis wird zugestimmt.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Projektskizze weiter auszuarbeiten und Mittel für den Haushalt 2022 für den Aufbau eines virtuellen Gründerhauses anzumelden.

TOP II. 9	**DS XI/117**	**Berichtsantrag - Mobilfunkanlagen mit Dieselgeneratoren - Nr. 05/21 vom 20.05.2021 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Stellungnahme der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 10	**DS XI/118**	**Vitos Eltville; hier: Berichtsantrag 07/21 der SPD-Fraktion vom 24. Mai 2021, eingegangen am 26. Mai 2021; hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 11	**DS XI/120**	**Öffnung des Schulschwimmbades der Walluftalschule in den Sommerferien; hier: Ergänzung zum Antrag Nr. 21/21 der FDP-Fraktion vom 28.06.2021, Stellungnahme der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 12	**DS XI/126**	**Stand der Impfungen im Rheingau-Taunus-Kreis, hier: Berichtsantrag Nr. 02/21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stellungnahme der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 13 DS XI/128 Sicherungsmaßnahmen gegen Hangrutsch an der Bahnstrecke im Mittelrheintal, Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 14 DS XI/129 Berichtsantrag Nr. 06/21 der B90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 20. Mai 2021; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 15 DS XI/134 Berichtsantrag Nr. 01/21 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06. Februar 2021, eingegangen am 08. Februar 2021 Stand der Digitalisierung der Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis, Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 16 DS XI/136 Berichtsantrag Nr. 03/21 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE Ausstattung von Schüler*innen ohne häuslichen Internetzugang mit digitalen Endgeräten vom 11.05.2021; Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 17 DS XI/137 Sachstandsbericht Nr. 2 zur Digitalisierung der Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis gem. des Beschlusses des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales vom 08.10.2020

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 18. DS XI/149 Digitale Übertragung von Kreistagssitzungen, Berichtantrag Nr. 10/21 der FDP-Fraktion vom 26.5.2021; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 19 DS XI/159 Mobile Working und Homeoffice; Berichtsantrag Nr. 09/21 der FDP -Fraktion vom 26. Mai 2021; Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 20 DS XI/142 Bericht zum Frauenförderplan 2018 - 2023

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Bericht zum Frauenförderplan 2018 – 2023 für die Kreisverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 21 DS XI/147 Berichterstattung Plan-Ist-Vergleich zum 30.06.2021

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Berichterstattung der Plan-Ist-Zahlen zur Haushaltssituation des Rheingau-Taunus-Kreises per 30.6.2021 zur Kenntnis.

Für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht gemäß Auflage der Aufsichtsbehörde keine rechtliche Notwendigkeit mehr.

TOP II. 22 DS XI/161 Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß §112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen des HMdIuS festgestellt. Daher wird für 2020 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet.

Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP II. 23 DS XI/177 Schulbusbeförderung, Antrag 30/20 der CDU und der SPD-Fraktion, Umsetzungsbericht

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 24 DS XI/155 Betreuungsplätze für Menschen mit Behinderung; hier: Berichtsantrag Nr. 12/21 der CDU-Fraktion vom 16.08.2021

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1) Wie sieht die derzeitige Betreuungsplatzsituation für Menschen mit Behinderung im Rheingau-Taunus-Kreis aus?

1.1) Wie viele Menschen mit Behinderung haben derzeit ein vorübergehendes oder auf Dauer

betreutes Wohnangebot?

1.2) Gibt es weiteren Kapazitätsbedarf bzw. gibt es eine Warteliste auf einen vorübergehenden oder dauerhaften Betreuungsplatz?

1.3) Wie viele Personen mit Behinderung werden außerhalb des Kreises in einer Einrichtung betreut?

2) Wir bitten um einen Sachstandsbericht im Bereich des Familienentlastenden Dienstes.

2.1) Wie haben sich die Klientenzahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt?

2.2) Gibt es eine Prognose bzgl. der Klientenanzahl in den kommenden Monaten/Jahren?

2.3) Wie ist die Auslastung der einzelnen angebotenen Dienstleistungen (bspw. Beratung von Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen; Entlastung der Angehörige; Bewältigung des Lebensalltags)?

3) Wie sieht die derzeitige Hilfeleistung im Bereich der Frühförderung aus?

TOP II. 25	**DS XI/164**	**„Pakt für den Nachmittag“ für die Grundschulen des Rheingau-Taunus-Kreises; hier: Berichtsantrag Nr. 13/21 der FDP-Fraktion vom 16. August 2021, eingegangen am 24. August 2021**

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten:

1. Welche Grundschulen im Rheingau-Taunus-Kreis sind in welchen Profilen für die Nachmittagsbetreuung?
2. Wie viele Schulen haben sich für das Angebot der hessischen Landesregierung „Pakt für den Nachmittag“ entschieden?
3. Wie ist die Einschätzung des Kreisausschusses zur Thematik?

TOP II. 26	**DS XI/169**	**Berichtsantrag zum hessischen Schülerticket; hier: Berichtsantrag Nr. 14/21 der SPD-Fraktion vom 18. August 2021, eingegangen am 24. August 2021**

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der KA wird gebeten zu berichten, ob Schülerinnen und Schüler aus dem Aartal mit einem 365 Euro Schülerticket zu Schulen in Limburg fahren können, ohne für die Passage durch den Rhein-Lahn Kreis (RLP) eine zusätzliche Fahrkarte zu lösen.
2. Für welche Fahrten gelten diese Schülertickets?
3. Sollte die Kulanzregelung nicht mehr gelten, ist es beabsichtigt, eine entsprechende Regelung für die betroffenen Schülerinnen und Schüler herbeizuführen?

TOP II. 27 DS XI/172 Kita-Plätze im Rheingau-Taunus- Kreis; hier: Berichtsantrag Nr. 15/21 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE vom 24. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Nach Bericht von Landrat Kilian im Ältestenrat vom Antragsteller für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis**:** **für erledigt erklärt**

TOP II. 28 DS XI/173 EMIL; hier: Berichtsantrag Nr. 16/21 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE vom 24. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. In welcher Höhe fließen Bundesmittel?

2. Gibt es weitere Fördergelder durch Bundes-, Landes oder andere Ebenen?

3. Fallen für den Kreis Kosten an?

4. Ist die Stadt Taunusstein an den Kreis herangetreten z.B. um die Stadt personell bei der Inbetriebnahme und dem Betrieb zu unterstützen?

5. a) Werden die Busse auf den Park & Ride Parkplätzen geladen und wird damit die Ladeinfrastruktur für normale E-PKW genutzt?
b) Werden die Kosten dafür von der Stadt Taunusstein oder dem Kreis übernommen?

6. Planen noch weitere Kommunen im RTK EMIL? Wenn ja, wird dann auch dort das bisherige Rufbus Systems wegfallen?

7. Gibt es seitens der Stadt Taunusstein oder des Kreises Planungen, falls EMIL nicht wie

gewünscht angenommen wird. Wenn ja, ist dann mit einer vorzeitigen Beendigung und der Rückkehr zum Rufbus zu rechnen?

8. Gibt es hierfür Vereinbarungen mit dem RMV?

TOP II. 29 DS XI/174 Stand der Einführung des hessischen Schulportals; hier: Berichtsantrag Nr. 17/21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. An welchen Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis hat das Schulportal schon den Produktivbetrieb aufgenommen?
2. Welche Gründe führen die Schulen an, die bis heute nicht an das Schulportal angeschlossen sind?
3. Uns liegen Informationen darüber vor, dass einzelne Schulen eigene Cloud-Infrastrukturen aufgebaut haben.
   a) Wie bewertet der Kreisausschuss den Einsatz derartiger schuleigener Lösungen?
   b) Inwiefern entsprechen diese den Vorgaben durch den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (siehe Stellungnahme vom 23.02.20201)?
   c) Liegt im Fall des Gymnasiums Eltville eine nach HSchG § 83a erforderliche Genehmigung vor? Wenn nein, wurde der Schulträger darüber informiert, dass eigene Cloud-Infrastruktur aufgebaut wird/wurde?
   d) Aus welchen Mitteln wurde die schuleigene Cloud-Infrastruktur am Gymnasium Eltville finanziert? Wie hoch sind die unmittelbaren Kosten?
   e) Kann ausgeschlossen werden, dass der Einsatz schuleigener Lösungen die Einführung des Schulportals im Rheingau-Taunus-Kreis verlangsamt?

TOP II. 30 DS XI/176 Raumluftreinigung an Schulen und KITAS; hier: Berichtsantrag Nr. 18/21 der FWG-Fraktion vom 24. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie viele Schulen sind bisher mit Luftreinigungsgeräten ausgestattet worden und für wie viele Schulen ist bereits bestellt?

2. Welche Schulen sind noch nicht ausgestattet, und warum?

3. Wie ist der Stand bei den städtischen Kindertagesstätten?

4. Welche Maßnahmen hat der Kreisausschuss bisher getroffen, dass schnellstens alle Schulen und KITAS mit Luftreinigungsgeräten ausgestattet werden?

TOP II. 31 DS XI/178 Katastrophen-Warnung über die NINA-App; hier: Berichtsantrag Nr. 19/21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Ist der Rheingau-Taunus-Kreis an das Modulare Warnsystem (MoWaS) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe angeschlossen?

a. Wenn Frage 1 bejaht: Seit wann?

b. Wenn Frage 1 bejaht: Wie oft und wie wird die Funktionstüchtigkeit dieser Anbindung überprüft?

c. Wenn Frage 1 bejaht: Kann eine Anbindung auch bei kurzfristigen Ausfällen im Stromnetz sichergestellt werden?

d. Wenn Frage 1 bejaht: Kann eine Anbindung auch bei kurzfristigen örtlichen Ausfällen der Breitbandversorgung sichergestellt werden, z. B. durch Redundanzen mittels Mobilfunks?

e. Wenn Frage 1 bejaht: Wie oft wurde in diesem Jahr bislang eine Warnung vom Rheingau-Taunus-Kreis oder einer für ihn zuständigen Stelle verschickt?

f. Wenn Frage 1 verneint: Wie sieht die Warninfrastruktur für den Rheingau-Taunus-Kreis aus?

2. Wer ist im Falle einer kreisweiten Katastrophenlage für die Meldung über das Modulare Warnsystem und somit das Auslösen eines Alarmes über die NINA-App zuständig?

a. Wer ist zuständig, sollte die ordinär zuständige Person nicht verfügbar sein?

b. Wer ist in die Entscheidung zum Auslösen einer Katastrophen-Warnung involviert?

c. Gibt es ein Entscheidungsschema zum Auslösen einer Katastrophen-Warnung? Wenn ja, wie sieht dieses aus?

3. Ist der Rheingau-Taunus-Kreis an die Warn-Infrastruktur der Katwarn-App des Frauenhofer-Instituts angeschlossen?

a. Wenn Frage 3 bejaht: Wird diese Anbindung genutzt?

b. Wenn Frage 3 verneint: Wie wird dies begründet?

c. Wenn Frage 3 verneint: Ist eine Anbindung in Zukunft geplant?

4. Ist der Rheingau-Taunus-Kreis an die Warn-Infrastruktur der Bürger Info- & Warn-App (BIWAPP) angeschlossen?

a. Wenn Frage 4 bejaht: Wird diese Anbindung genutzt?

b. Wenn Frage 4 verneint: Wie wird dies begründet?

c. Wenn Frage 4 verneint: Ist eine Anbindung in Zukunft geplant?

5. Auf welchen Kanälen und wie wirbt der Rheingau-Taunus-Kreis öffentlichkeitswirksam für die Nutzung von Warn-Apps wie NINA? Sind zukünftig weitere Informationenkampagnen – gerade vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen – geplant?

TOP II. 32 DS XI/180 Corona-Statistik, Corona-Erkrankungen; hier: Berichtsantrag Nr. 20/21 der AfD-Fraktion vom 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1) Wie viele PCR Tests für SARS-CoV2 wurden seit Jahresbeginn 2021 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieses BA angeordnet?

2) Welche Stellen wurden mit der Testdurchführung beauftragt?

3) Welche Kosten sind dadurch entstanden?

3) Wurde durch Zweit-Tests und/oder ärztliche Untersuchungen in allen Fällen positiver Testergebnisse nachgewiesen, dass eine echte Infektion vorliegt und es sich nicht um falsch-positive Ergebnisse handelt?

4) Wurden Daten erhoben, die eine Abschätzung typischer Anteile falsch-negativer Testergebnisse unter denen zulassen, die zum PCR-Test gelangen?

5) Mit welchen CT-Werten wurden die PCR-Positiven durchschnittlich getestet? Bei welchen CT-Werten wurde im Falle der negativen Ergebnisse das PCR-Verfahren abgebrochen und das Ergebnis als negativ akzeptiert?

7) Wie hoch war der Anteil unter den positiv Getesteten, deren Fallverlauf
a) ohne Symptomatik
b) mit leichter Symptomatik unterhalb der Krankenhauseinweisung
c) mit Krankenhauseinweisung
d) mit intensivmedizinischer Betreuung
von statten ging oder noch geht?

Bitte wieder aufschlüsseln nach Altersgruppen wie in der letzten Beantwortung in

Mitteilungsvorlage X/1532!

8) Wie hoch war die Sterblichkeit in diesen Gruppen?

9) Sind die Todesursachen bei verstorbenen Covid-Patienten oder Corona-Positiven in allen Fällen auf die Corona-Infektion ursächlich zurückzuführen? Gab es Zweifelsfälle, und wurden in diesen Zweifelsfällen forensische Methoden (Obduktionen) angewandt?

10) Gibt es inzwischen Sentinel-Praxen im Kreisgebiet? Hat sich die Kreisverwaltung um eine Auswertung der Daten aus auswärtigen Sentinel-Praxen bemüht und kann daraus auf Komorbiditäten oder eine typische Rate (denkbaren) gleichzeitigen Auftretens anderer Infektionen (etwa Influenza) in Patienten mit Corona-Virus -Nachweis geschlossen werden?

11) Gibt es Planungen, im Zuge der Abkehr von einem allgemeinen Inzidenzwert als Maß aller Dinge in der Bundespolitik auch auf der Kreis-Homepage diesen Wert nicht mehr allein abzubilden, sondern auch andere Daten wiederzugeben wie etwa (a) den Inzidenzwert in definierten Risikogruppen, (b) die Zahl und Rate der tatsächlich schweren Krankheitsverläufe oder auch (c) die unter 4) und 5) evtl. erhobenen Zahlen?

TOP II. 34 DS XI/182 Vorkehrungen im Rheingau-Taunus-Kreis für Extremwetterereignisse; hier: Berichtsantrag Nr. 22/21 der AfD-Fraktion vom 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Welche Extremwetterereignisse sind seit dem Jahr 1800 in den Chroniken der kreisangehörigen Gemeinden und des Kreises dokumentiert? Bitte im Rahmen einer Schätzung klassifizieren nach

   Jahrzehntereignis
   Jahrhundertereignis
   Jahrtausendereignis

   und aufschlüsseln nach den folgenden Extremwetterarten:

   - Starkregen
   - Hitze, Trockenheit und Dürre
   - flächendeckende Sturm – und Orkanereignisse
   - lokale Sturmereignisse und Tornado
   - Hagel
   - Starker Eisregen und Eisbruch
   - Starker Schneefall und Schneebruch
   - Früh- und Spätfrost

   (Der Fragesteller verzichtet bei der Berichterstattung auf einen Anspruch auf Vollständigkeit, bittet jedoch bei der weiteren Durchforstung der Archive um eine laufende Aktualisierung dieser Dokumentation.)

2. Welche Vorkehrungen sind im Rheingau-Taunus-Kreis im Hinblick auf die verschiedenen Arten von Extremwetterereignissen derzeit getroffen?

3. Wie schätzt der Landkreis die typischen Wiederholungsrisiken von Ereignissen aus klimageschichtlicher Sicht in Bezug auf die Antworten auf Frage 1) ein?

4. Welche Regionen des Kreises sind für welche Arten von Ereignissen besonders gefährdet?

5. Wie stellt der Kreis derzeit die rechtzeitige Alarmierung der Bevölkerung sicher?

6. Ist derzeit eine Alarmierung zu jeder Tages- und Nachtzeit sichergestellt?

7. Plant der Kreis eine Ausweitung der Warninfrastruktur? Wenn ja, in welcher Form?
8.

TOP III. 12 DS XI/154 Umstrukturierung, Erweiterung und Sanierung der Rheingauschule Geisenheim; Grundsatzentscheidung zur Entwurfsplanung, Kostenberechnung und Zeitplan

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung und Zeitplan für die Umstrukturierung, Erweiterung und Sanierung der Rheingauschule Geisenheim, Dr. Schramm Str. 1-2 in Geisenheim mit einem Gesamtkostenvolumen von 37,5 Mio.€, brutto, wird genehmigt. Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Investitionsprogramm des Rheingau-Taunus-Kreises in den Jahren von 2021 bis 2029 veranschlagt. Für dieses Projekt soll ein Projektsteuerer eingesetzt werden.

TOP III. 14 DS XI/163 Jahresabschluss 2019 des Rheingau-Taunus-Kreises

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss legt nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 113 HGO den Jahresabschluss 2019 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes dem Kreistag zur Beratung und zur Beschlussfassung vor. Der Kreisausschuss bittet den Kreistag um Entlastung gemäß § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO.

   Der Kreistagsvorsitzende wird vom Kreisausschuss gebeten, die Kreistagsvorlage ohne vorherige Beratung im Plenum unmittelbar an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zu überweisen.

2. Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2019 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

   Nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO beschließt der Kreistag über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2019 des Rheingau-Taunus-Kreises und spricht die Entlastung des Kreisausschusses aus.

   Der Jahresüberschuss wird dem Ergebnisvortrag aus Vorjahren zugeführt.

TOP III. 24 DS XI/165 Cybersicherheit; hier: Antrag Nr. 24/21 der FDP-Fraktion vom 16. August 2021, eingegangen am 24. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss erstellt für die gesamte Kreisverwaltung ein Informationssicherheitskonzept nach BSI Grundschutz (Standard-Absicherung).

2. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, dieses Sicherheitskonzept bis zum 31.12.2024 durch ein offizielles Audit „ISO 27001 Zertifizierung auf Basis von IT-Grundschutz“ erfolgreich zertifizieren zu lassen. Dem HFWD ist über die finanziellen Auswirkungen zu berichten

3. Hierzu legt der Kreisausschuss dem HFWD halbjährlich in nichtöffentlicher Sitzung den Sachstand vor.

4. Der Kreisausschuss wird des Weiteren beauftragt zu prüfen, ob Landesmittel (z.B. über die ekom21) für dieses Vorhaben genutzt werden können und diese dann auch zu beantragen.

TOP III. 25 DS XI/166 Einführung einer Gästekarte Rheingau/Wiesbaden; hier: Antrag Nr. 25/21 der FDP-Fraktion vom 18. August 2021, eingegangen am 24. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, gemeinsam mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und den beteiligten Verkehrsgesellschaften sowie RTKT und Standmarketing Wiesbaden eine Konzeption zu entwickeln, welche Möglichkeiten für die Einführung einer Gästekarte Rheingau/Wiesbaden darstellt.

2. Dabei soll ihr Leistungsumfang folgende Punkte berücksichtigen:

• Die kostenlose Nutzung der Busse und Regionalbahnen

• Die kostenlose oder vergünstigte Nutzung von Freizeit- und regionaltypischen Angeboten, wie z.B.

- historischer Gebäude, Museen, Ausstellungen
- Gästeführungen
- Touristischer Bahnen (Thermine, Nerobergbahn) und Seilbahnen (Ringticketangebot)
- Schwimm- u. Wellnessbäder - Freizeitparks u. -sportanlagen (Minigolf)
- Wein-/Sektverkostungen in Weingütern und Sektkellereibetrieben

3. Des Weiteren sollen mögliche Finanzierungsmodelle (Beteiligung Städte u. Gemeinden/Kreis/teilnehmende Betriebe/ Landesförderung) aufgezeigt werden.

4. In einem Zweiten Schritt soll der Untertaunus miteinbezogen wird. Das dann entwickelte Konzept ist den Kreisgremien vorzulegen. Der Ausschussvorsitzende des UMTK, Herr Mosler wird davon in Kenntnis gesetzt.

TOP III. 27 DS XI/171 Not- und Hilfsangebote auf der Webseite des RTK prominent sichtbar machen; hier: Antrag Nr. 27/21 der SPD-Fraktion vom 04. August 2021, eingegangen am 24. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, sämtliche bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote des Rheingau-Taunus-Kreises auf der kreiseigenen Webseite gut auffindbar zu positionieren sowie Rufnummern von Not- und Krisenberatungen (Nummer gegen Kummer, Hilfetelefon vom Dt. Kinderschutzbund Rheingau etc.) prominent, möglichst auf die Startseite, zu setzen.

Zudem wird der Kreisausschuss gebeten, ein Konzept zu erstellen und zur Beratung dem

Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit vorzulegen, in welcher Form und über welche Kanäle (dezentrale Aushänge, dezentrale Auslage von Flyern, Internet, Social Media, Zeitungen usw.:) und Orte diese Angebote noch stärker und zielgerichteter kommuniziert werden können. Dabei sind auch betroffene Akteure/Träger mit in diese Überlegungen einzubeziehen (Frauenhäuser, Kinderschutzbund, Schulen, Schulsozialarbeiterinnen, Jugendpfleger, usw.)

TOP III. 28 DS XI/175 IT-Sicherheit der kritischen Verwaltungsinfrastruktur; hier: Antrag Nr. 28/21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, einen Penetrationstest der Verwaltungs-IT-Systeme durchführen zulassen. Dieser soll extern erfolgen und sich auf die kritische Infrastruktur konzentrieren.

Zur kritischen Infrastruktur zählen in diesem Zusammenhang das Kreisgesundheitsamt, der Katastrophenschutz und dessen Warnsysteme sowie die Rettungsleitstelle. Weitere Prüfungen können nach dem Ermessen der Kreisverwaltung durchgeführt werden.

Anschließend soll dem Kreistag ein Bericht über die Ergebnisse des externen Penetrationstests vorgelegt werden.

TOP NEU DS XI/203 Schülerbeförderung, Dringlichkeitsantrag Nr. 35/21 der CDU-Fraktion vom 20.9.2021

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gemeinsam mit der RTV gebeten zu prüfen, inwieweit eine Verbesserung der aktuellen Schülerbeförderungssituation mit dem Zug (VIAS) im Rheingau bewirkt werden, Lösungen gefunden und gegebenenfalls eine Verlängerung der Züge zu den Stoßzeiten für die Schüler erfolgen kann. Hierzu wird der Kreisausschuss gebeten, die betroffenen Städte und Gemeinden miteinzubeziehen.

TOP III.. DS Tagesordnung III
TOP III. 1 DS XI/59 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“, Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

Siehe TOP III. 2.

TOP III. 2 DS XI/151 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss; KT 22.06.2021 TOP 5 DS XI / 59

Die TOP III. 1 und III. 2 werden gemeinsam beraten. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler (CDU) mit Bericht aus dem UMTK, Gagel (AFD) mit Begründung zum Änderungsantrag (**Anlage 18 der Niederschrift**) und Müller St. (FDP).

Der Änderungsantrag der AFD wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Beschlussempfehlung des HFWD vom 17.9.2021 wird sodann

einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Grundsätzlich werden das sogenannte Gefahrenabwehrzentrum Modul 1 (Verwaltungsbereich Fachdienst III.3 Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsleitstelle, Stabsräume, Funktions- und Technikräume) und das Modul 3 (Rettungswache Bad Schwalbach) sowie bei noch bestehenden Platzkapazitäten eventuelle Lagerungsmöglichkeiten weiterverfolgt.

2. Auf Grundlage von Punkt 1 und der in Auftrag gegebenen und durchgeführten Prüfungen verschiedenster Varianten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zur Realisierung eines Neubauvorhabens für den Brand- und Katastrophenschutz wird nachfolgender Grundsatzbeschluss gefasst:

   Im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ in Bad Schwalbach werden das sogenannte Gefahrenabwehrzentrum und die Rettungsleitstelle Bad Schwalbach (siehe Punkt 1) gemeinsam mit dem Vorhaben des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft (EAW, Stichwort: Wertstoffhof) realisiert. Dies soll entweder auf dem bereits von Seiten des EAW gekauften Grundstück oder max. auf einem 8.200 qm-Grundstück im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ realisiert werden. Hierzu könnte, wenn möglich, das von Kreisseiten zurzeit noch reservierte 11.102 qm Grundstück geteilt werden. Dies ermöglicht der Stadt Bad Schwalbach die Restfläche sowie das EAW Grundstück an gewerbliche Unternehmen zu veräußern bzw. zu vermitteln und Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung für den Standort zu erreichen.

   Bei den weiteren Planungen, die den Kreisgremien vorzulegen sind, ist auch die

Errichtung einer Atemschutzübungsanlage (ASÜ) mit einzuplanen.

TOP III. 3 DS XI/121 Neubesetzung der Teilhabekommission

KTV Stolz verliest die von den Fraktionen benannten Mitglieder und Stellvertreter. Dies sind:

Mitglieder	**Stellvertreter/innen**
Petra Müller-Klepper	Paul Weimann, CDU
Helga Becker	Tanja Pfenning, SPD
Sigrid Hansen	Miriam Deppe, B 90/GRÜNE
Matthias Bremser	Michael Baureis, FWG
Ulrich Fachinger	Karl Mayer, AFD
Alexander Müller	Björn Sommer, FDP

Diese Mitglieder und Stellvertreter/innen werden bei Enthaltungen der LINKEN einstimmig per Akklamation gewählt.

Die Gesamtvorlage wird sodann ebenfalls bei

Enthaltungen der 2 LINKEN
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

Gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 07.07.2014 wurde eine Teilhabekommission eingerichtet.

Vorsitzender ist kraft Amtes Herr Landrat Frank Kilian oder ein/e von ihm benannte/r Vertreter/in.
Außerdem gehörten der Teilhabekommission bislang 7 Mitglieder des Kreistages und deren Stellvertreter/innen an.

1. Kreistag wählt aus seiner Mitte sechs Mitglieder und deren Stellvertretungen in die Teilhabekommission:

Mitglieder	**Stellvertreter/innen**
Petra Müller-Klepper	Paul Weimann, CDU
Helga Becker	Tanja Pfenning, SPD
Sigrid Hansen	Miriam Deppe, B 90/GRÜNE
Matthias Bremser	Michael Baureis, FWG
Ulrich Fachinger	Karl Mayer, AFD

Alexander Müller	Björn Sommer, FDP

2. Der Kreistag wählt die sachkundigen Personen laut Vorschlagsliste.

TOP III. 4 DS XI/143 Wahl der Mitglieder zur XVII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen im Wahlkreis III

KTV Stolz bittet die Fraktionen um die Benennung der Mitglieder für den Wahlvorstand:

CDU: Abg. Leichtfuß
SPD: Abg. Pfenning
GRÜNE: Abg. Lawetzky
FWG: Abg. Bremser
AFD: Abg. Fachinger
FDP: Abg. Schäfer

KTV Stolz verliest aus den einzelnen Wahlvorschlägen die Kandidaten. Die Mitglieder des Kreistages werden sodann fraktionsweise einzeln zur geheimen Stimmabgabe aufgerufen.

Auf die vom Wahlausschuss zugelassenen Wahlvorschläge entfallen nach Auszählung der Stimmen (**Anlage 19 der Niederschrift**):

Wahlvorschlag Nr. 1 Christlich Demokratische Union Deutschlands	**(CDU)**	18 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	**(GRÜNE)**	12 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands	**(SPD)**	13 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 4 Alternative für Deutschland	**(AfD)**	6 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 5 Freie Demokratische Partei	(**FDP**)	4 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 6 DIE LINKE	**(LINKE)**	2 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 7 Freie Wähler	**(FW)**	2 Stimmen

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

An der Wahl von 15 Mitgliedern der XVII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen aus dem Wahlkreis III wirkt der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises wie folgt mit:

Auf die vom Wahlausschuss zugelassenen Wahlvorschläge entfallen nach Auszählung der Stimmen:

Wahlvorschlag Nr. 1 Christlich Demokratische Union Deutschlands	**(CDU)**	18 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	**(GRÜNE)**	12 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands	**(SPD)**	13 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 4 Alternative für Deutschland	**(AfD)**	6 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 5 Freie Demokratische Partei	(**FDP**)	4 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 6 DIE LINKE	**(LINKE)**	2 Stimmen
Wahlvorschlag Nr. 7 Freie Wähler	**(FW)**	2 Stimmen

TOP III. 5 DS XI/145 Wahl der Beisitzer des Anhörungsausschusses gemäß § 10 Abs. 2 Hess. AusfG zur VwGO

KTV Stolz verliest die von den Fraktionen vorgeschlagenen Beisitzer. Die Liste wird als einheitlicher Wahlvorschlag betrachtet.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die vom Kreisausschuss vorgeschlagene Liste gemäß § 55 Abs. 2 HGO als einheitlichen Wahlvorschlag.

TOP II. 6 DS XI/110 Aufwärtskompatibilität und Zukunftsfähigkeit Ländchesbahn

Gemeinsame Beratung mit TOP III. 6 und dort dokumentiert.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Zur Sicherung der Aufwärtskompatibilität der Ländchesbahn wird folgender Beschluss gefasst:

1. Um eine Taktverdichtung auf der Ländchesbahn zu ermöglichen, unterstützt der Rheingau-Taunus-Kreis die Initiative der Landeshauptstadt Wiesbaden, die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein zweites Gleis in Wiesbaden-Erbenheim zu schaffen.

2. Der Kreisausschuss wird darum gebeten, sich beim RMV für eine Taktverdichtung einzusetzen. Dazu gehört auch darauf hinzuwirken, dass die Ausschreibung für die Verkehrsleistungen auf der Ländchesbahn für die Jahre 2023-2038 so gestaltet wird, dass nach Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen eine Option auf einen 15-Minuten-Takt besteht.

3. Der Kreisausschuss wird darum gebeten, sich bei RMV und der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass die Bahnhöfe entlang der Ländchesbahn und weiter entlang der Main-Lahn-Bahn bis Limburg barrierefrei gestaltet werden.

4. Der Kreisausschuss wird darum gebeten, gemeinsam mit der Gemeinde Niedernhausen auf den RMV zuzugehen, um zu prüfen, ob ein zusätzlicher Haltepunkt in Niedernhausen am H+Hotel eingerichtet werden kann. Dabei sollte auch geprüft werden, ob die vorhandenen Parkplatzflächen als P+R Flächen für Pendlerinnen und Pendler nach Wiesbaden genutzt werden könnten.

5. Der Kreisausschuss wird darum gebeten, gemeinsam mit der Stadt Idstein und der Gemeinde Niedernhausen beim RMV eine Prüfung zu veranlassen, ob die Ländchesbahn oder die S-Bahnlinie 2 bis Idstein verlängert werden kann. Die Prüfung sollte auch die Machbarkeit eines Bahnhaltepunktes in Niedernhausen-Niederseelbach umfassen.

TOP III. 6 DS XI/115 Aufhebung Sperrvermerk für Mittel zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reimann (CDU) mit Bericht aus dem HFWD, KB Döring und die Abg. Müller, St. (FDP) und Pörtner (LINKE).

Abg. Müller beantragt, den Sperrvermerk nur für 82.500.- € aufzuheben und die Maßnahmen zur Verlängerung und zur Taktverdichtung der Fährzeiten zu streichen. Der Antrag wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FWG, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abg. Pörtner beantragt die Streichung der Mittel in Höhe von 20.000.- € für Untersuchungen zur Querung des Rheins. Der Antrag wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Mit der beschlossenen Änderung wird der Punkt sodann bei

Enthaltungen von 2 LINKEN
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Sperrvermerk für die Mittel in Höhe von 82.500.- € zur Umsetzung der Einzelmaßnahmen des Mobilitätskonzeptes im Haushalt 2021 wird aufgehoben.

Im Übrigen soll die Maßnahme im Bereich der Fährverbindungen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes erneut vorgelegt werden.

TOP III. 7 DS XI/124 Stellenplanung der Gesundheitsverwaltung für die Jahre 2022 / 2023 / 2024

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JSG, Reimann (CDU) mit Bericht aus dem HFWD und Müller, A. (FDP), der um getrennte Abstimmung bittet und Bremser (FWG), Weimann (CDU), Bauer (SPD) und Landrat Kilian.

Ziffer 1 wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN
NEIN-Stimmen der AFD-Fraktion und
Enthaltungen aus den Fraktionen von FWG und FDP
mehrheitlich

beschlossen.

Ziffer 2 wird

einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der vorgeschlagenen Stellenplanung der Gesundheitsverwaltung für die Jahre 2022 / 2023 / 2024 zu. Die aufgeführten Stellen werden geschaffen und unbefristet besetzt.

2. Der Kreistag stimmt zu, dass ein Teil der Stellen im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushaltes 2022 schon im Jahr 2021 zur Besetzung freigegeben werden. Dies betrifft

1. 2 VZÄ SozialarbeiterIn/SozialpädagogIn für die Bereiche Infektionsschutz und Tuberkulose und sozialmedizinischer/sozialpsychiatrischer Dienst und
2. 0,5 VZÄ FachärztIn für Psychiatrie.
3. 1 VZÄ ÄrztIn falls die Besetzung aufgrund der Vorgaben der hessischen Landesregierung erforderlich wird.
4. 1 VZÄ ArzthelferIn, falls die Besetzung aufgrund der Vorgaben der Hessischen Landesregierung erforderlich wird.

Die Stellenplanung wurde aufgrund der Unterbesetzung in den benannten Bereichen der Gesundheitsverwaltung erstellt. Des Weiteren wird auch der beschlossene Pakt für den ÖGD erfüllt, an dessen Umsetzung die Gesundheitsverwaltung gebunden ist.

TOP III. 9 DS XI/139 Umsetzungsstand der Klimaschutzstrategie im Rheingau-Taunus-Kreis und Aufhebung des Sperrvermerks

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler (CDU) mit Bericht aus dem UMTK, Müller, St. (FDP), Diefenbach (SPD), Gagel (AFD), Linke (GRÜNE), Zehner (CDU), Bauer (SPD), Pörtner (LINKE) und Landrat Kilian.

Der Antrag des Abg. Müller, St. (FDP) nur Mittel freizugeben für Energieausweise an Schulen und die Kooperation mit ivm (15.000.- €) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FWG und FDP und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen SPD, GRÜNEN, AFD und 2 LINKEN
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Empfehlung des UMTK wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD und FDP und 12 CDU Abg. und
Enthaltungen der übrigen CDU-Fraktion
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Bericht über den Umsetzungsstand der Klimaschutzstrategie zur Kenntnis. Der Sperrvermerk im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 30.000,00 € für die Haushaltskostenstelle 934061790904 (Umsetzung Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept) wird aufgehoben.

TOP III. 10 DS XI/148 Neufassung der Satzung über die Bildung einer Schulkommission im Rheingau-Taunus-Kreis sowie Aufhebung der Satzung über die Schulkommission des Rheingau-Taunus-Kreises vom 19.12.1977 in der Fassung der vierten Änderung vom 12.07.1989

Abg. Dr. Kluge-Pinsker (GRÜNE) berichtet aus den Beratungen des SBS. Die Vorlage wird sodann ohne Aussprache

einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses die folgende Neufassung der Satzung über die Bildung einer Schulkommission des Rheingau-Taunus-Kreises sowie die Aufhebung der Satzung über die Schulkommission des Rheingau-Taunus-Kreises vom 19.12.1977 in der Fassung der vierten Änderung vom 12.07.1989.

TOP III. 13 DS XI/157 Neubau Mensa, Betreuung und Bibliothek an der Theißtalschule in Niedernhausen

Vorgelegt wird ein Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion (**Anlage 20 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Dr. Kluge-Pinsker (GRÜNE) mit Bericht aus dem SBS, Müller, A. (FDP), Stappel (GRÜNE), Reimann (CDU), Koch (SPD), Zehner (CDU), Linke (GRÜNE), Pörtner (LINKE) und Landrat Kilian.

Abg. Linke (GRÜNE) bittet abschließend um folgende Ergänzung des eigenen Antrages:

„*Die Installation einer PV-Anlage soll nicht zu einer Verzögerung der Fertigstellung der Mensa führen. Für diesen Fall wird die nachträgliche Installation einer geeigneten Anlage beschlossen.“*

Mit dieser Ergänzung wird der Änderungsantrag der GRÜNEN bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion
mehrheitlich

beschlossen.

Die Vorlage wird sodann mit dem ergänzten Änderungsantrag einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für den Neubau einer Mensa mit Aufwärmküche und Bibliothek, sowie Betreuungsräumen im EG an der Theißtalschule, Lenzhahner Weg 11 in Niedernhausen mit einem Gesamtkostenvolumen von 7,8 Mio. € wird genehmigt.
Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Investitionsprogramm des Rheingau-Taunus-Kreises in den Jahren 2021 bis 2025 veranschlagt.

Im Rahmen des Neubaus der Mensa, der Betreuung und der Bibliothek wird eine Photovoltaikanlage mit einer möglichst wirtschaftlich optimierten Spitzenleistung - voraussichtlich zwischen 10 – 20 kWp - für die Theißtalschule realisiert. Diese soll primär auf oder am Mensagebäude angebracht werden.

Sollte dort eine PV-Anlage aus baulichen oder anderen Gründen nicht möglich sein, wird eine PV-Anlage auf einem der anderen nach Süden ausgerichteten Dächer der Schulgebäude in geeigneter Größe realisiert. Die Installation einer PV-Anlage soll nicht zu einer Verzögerung der Fertigstellung der Mensa führen. Für diesen Fall wird die nachträgliche Installation einer geeigneten Anlage beschlossen.

TOP NEU DS XI/199 Wahlpanne bei Briefwahlunterlagen im Wahlkreis 178; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 34/21 der AfD-Fraktion vom 16. September 2021

KTV Stolz ruft den Dringlichkeitsantrag der AFD-Fraktion zur Wahlpanne bei Briefwahlunterlagen auf. Landrat Kilian beantwortet die aufgeworfenen Fragen (**Anlage 21 der Niederschrift**). Der Antrag wird durch den Antragsteller für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis: **für erledigt erklärt**

TOP III. 15 DS X/1247 Klimafolgenanpassung; hier: Gemeinsamer Antrag Nr. 05/20 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die LINKE vom 03.03.2020, eingegangen am 04.03.2020

Zum Tagesordnungspunkt ruft KTV Stolz den gemeinsamen Antrag von SPD, GRÜNEN und LINKEN vom 3.3.2020 und den entsprechenden konkurrierenden Antrag der AFD vom 8.6.2020 (beide Anträge in der **Anlage 22 der Niederschrift**) zur Beratung auf.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Linke (GRÜNE), Mahr (SPD), Willsch (CDU), Müller, St. (FDP), Reineke-Westphal (GRÜNE) und Pörtner (LINKE). Der gemeinsame Antrag von SPD, GRÜNEN und LINKEN wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag der AFD wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 17 DS X/1539 Sozialindex 2020, Antrag Nr. 1/21 der LINKEN-Fraktion vom 12.01.2021

Abg. Klos (LINKE) begründet den Antrag. KTV Stolz berichtet von der Ausschussempfehlung des JSG vom 23.6.2021 und lässt über diese Empfehlung zur Ablehnung abstimmen.
Die Empfehlung wird mit

JA-Stimmen der Fraktionen von CDU, FWG, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses bei
Stimmengleichheit

abgelehnt.

KTV Stolz bietet an, den Ursprungsantrag abzustimmen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Dieser Ursprungsantrag wird dann ebenfalls mit

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses bei
Stimmengleichheit

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis**:** **bei Stimmengleichheit abgelehnt**

TOP III. 18 DS X/1540 Ausweitung der Schulsozialarbeit für alle 10. Klassen; hier: Antrag Nr. 2/21 der LINKEN-Fraktion vom 12.01.2021

KTV Stolz verweist auf die Ausschussempfehlung des SBS vom 24.6.2021 und lässt über diese abstimmen. Die Empfehlung wird bei

2 Enthaltungen der LINKEN
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

1) Der Kreisausschuss wird gebeten detailliert zu berichten, aus welchen aktuellen Maßnahmen sich die Schulsozialarbeit jahrgangsbezogen zusammensetzt und in welchem Umfang diese Maßnahmen nachgefragt werden.

2) In diesem Zusammenhang wird der Kreisausschuss gebeten Stellung zu beziehen, inwieweit eine Verknüpfung der Schulen untereinander im Rahmen der Schulsozialarbeit besteht und wie diese im Einzelnen aussieht.

TOP III. 22 DS XI/156 Antrag zur Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021; hier: Antrag Nr. 22/21 der SPD-Fraktion vom 02. August 2021, eingegangen am 17. August 2021

Zum Top liegen ein Änderungsantrag der GRÜNEN (**Anlage 23 der Niederschrift**) und ein konkurrierender Antrag der AFD (**Anlage 24 der Niederschrift**) vor.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler (CDU) mit Bericht aus dem UMTK, Rabanus (SPD), Linke (GRÜNE), Dr. Grobe (AFD), Zehner (CDU), Müller, St. (FDP) und Weiß (SPD).

Der Änderungsantrag der GRÜNEN wird sodann mit

JA-Stimmen von SPD, GRÜNEN und 2 LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses bei
Stimmengleichheit

abgelehnt.

Die UMTK-Empfehlung wird sodann zur getrennten Abstimmung aufgerufen.

Die Punkte 1 bis 7 von Teil 1 werden **einstimmig beschlossen**.

Die Punkte 1 bis 3 von Teil 2 werden bei

3 NEIN-Stimmen der AFD und
2 Enthaltungen aus der AFD und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Die Punkte 4 und 5 von Teil 2 werden bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD und FDP und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Der konkurrierende AFD-Antrag wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag trauert mit den Angehörigen der vielen Menschen, die bei der Flutkatastrophe am 14/15. Juli 2021 ihr Leben verloren haben.

Der Kreistag dankt:

1. allen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die anlässlich der Flutkatastrophe im Bereich der Ahr und in NRW spontan und uneigennützig Hilfe geleistet haben

2. allen Unternehmen, die mit Technik und Spenden den Menschen vor Ort helfen
3. allen Feuerwehren, insbesondere denjenigen aus unserem RTK, die vor Ort tätig waren bzw. sind
4. allen Rettungsorganisationen wie z.B. DRK, AWO, ASB, Malteser, Johanniter, THW, insbesondere den Organisationen aus der RTK, die vor Ort waren und noch sind
5. den Kirchen
6. der Polizei und der Bundeswehr
7. allen Verwaltungen vor Ort, die die Zerstörung ihrer Infrastruktur bewältigen müssen

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss:

1. weiterhin die Freiwilligen- und Hilfsorganisationen zu unterstützen
2. den geschädigten Landkreisen unsere Unterstützung anzubieten
3. die aus der Flutkatastrophe gewonnenen Erkenntnisse bei den Planungen und Realisierung von Hochwasserschutz im RTK zu berücksichtigen. Dabei geht der Kreistag davon aus, dass bei Katastrophen dieser Art das hessische Innenministerium die Führung und Koordination übernimmt, wie im Falle Rheinland-Pfalz.
4. für mögliche Ereignisse wie Hochwasser, aber auch Starkregen, große Hitze und Dürre ein Katastrophenschutzkonzept gemeinsam mit allen zuständigen Akteuren auf Kreisebene zu entwickeln. Hierbei sollen auch weitere effektive Warnsysteme für die Bevölkerung geprüft werden.
5. Fördermittel für Klimaschutzprogramme des Landes und des Bundes zu beantragen

TOP III. 26 DS XI/170 Schülertickets zum Preis von 365 Euro sollen um ein halbes Jahr verlängert oder die Kosten hierfür teilweise erstattet; hier: Antrag Nr. 26/21 der SPD-Fraktion vom 02. August 2021, eingegangen am 24. August 2021

Vertagt mit Änderungsantrag (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis**:** **vertagt**

TOP III. 29 DS XI/183 Keine Kampagne des Rheingau-Taunus-Kreis für eine Impfung von Kindern!; hier: Antrag Nr. 29/21 der AfD-Fraktion vom 25. August 2021

Abstimmungsergebnis**:** **vertagt**

TOP III. 30	**DS XI/184**	**Mehr Schaden als Nutzen - Aufhebung aller Corona Zwangsmaßnahmen; hier: Antrag Nr. 30/21 der AfD-Fraktion vom 25. August 2021**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 19	**DS X/1541**	**Konzept für zusätzliche Sozialwohnungen; hier: Antrag Nr. 3/21 der LINKEN-Fraktion vom 12.01.2021**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 20	**DS XI/23**	**Gleichbehandlung mit einer Fraktion mit 2 Mitgliedern; hier: Antrag Nr. 09/21 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE vom 12. April 2021, eingegangen am 13. April 2021**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 21	**DS XI/71**	**Neue Ansätze zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum erforderlich; hier: Antrag Nr. 14/21 der SPD-Fraktion vom 24. Mai 2021, eingegangen am 25. Mai 2021**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Bad Schwalbach, den 27. September 2021

(André Stolz)
Kreistagsvorsitzender

(Harald Rubel)
Schriftführer